

Hartz IV: Es geht um mehr als nur 5€

Annelie Buntenbach

Im Februar, als das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass die Berechnungsgrundlagen für die Hartz-IV-Regelsätze intransparent und vor allem für Kinder nicht ausreichend sind, wurde eine Kampagne über die „Deppen der Nation“ losgetreten. Gemeint waren nicht in erster Linie Langzeitarbeitslose, sondern Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: *Guido Westerwelle* inszenierte sich zum Frontmann der „Anständigen“ und schwadronierte scheinbar besinnungslos über „anstrengungslosen Wohlstand“ und „spätromische Dekadenz“ von Hartz-IV-Beziehern. Das Ergebnis: Die Republik diskutierte weniger darüber, wie Hartz IV den Menschen am besten erspart bleibt bzw. Armut vermieden werden kann, sondern über Westerwelle, der erklärte, es würde sich kaum noch lohnen zu arbeiten, weil Hartz IV angeblich mehr abwirft. Angeblich zu viel für Menschen, die es – nach Westerwelles Lesart – gar nicht verdient hätten, überhaupt Unterstützung zu bekommen, weil sie angeblich gar nicht arbeiten wollten. Auch wenn die Fakten das Gegenteil belegen, so entwickelte sich eine Art *Sarrazin*-Debatte, also ein auf Polarisierung ausgerichteter Diskurs, weil Beschäftigte mit niedrigem Einkommen gegen Arbeitslose aufgehetzt wurden. Doch nicht nur das: Die Kampagne von Westerwelle war größer angelegt. Er suchte die Unterstützung der breiten Masse, nämlich der Steuerzahler – was sicher auch damit zu tun hatte, dass er seine kruden Steuersenkungspläne längst begraben musste. Was jedoch schwerer wiegt: Westerwelle knüpfte an die „Unterschicht-Debatte“ an, diffamierte Arbeitslose und stellte diese nicht nur als faul dar, sondern mehr oder weniger offen als wertlose Schmarotzer.

PROBLEMKREIS HARTZ IV UND NIEDRIGLOHNSEKTOR: WORKING POOR

Hinter dieser würdelosen Kampagne verbirgt sich nicht allein der Versuch, öffent-

liche Mittel für Langzeitarbeitslose – Sozialtransfers – klein zu halten, sondern auch die Löhne zu drücken. Denn das ist des Pudels Kern der ganzen Debatte: Es geht um die Frage, was gesellschaftlich als angemessenes menschenwürdiges Existenzminimum angesehen wird und wie Armut vermieden werden kann. Und dies gilt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genauso wie für Arbeitslose. Leider wird diese Debatte nicht geführt oder von anderen Fragen überlagert, wie zum Beispiel, ob die Hartz-IV-Leistungen einen „Anreiz“ bieten, sich um einen Arbeitsplatz zu bemühen. Solche Fragen führen jedoch in die Irre und sollen ablenken, denn die Fakten belegen – um beim Beispiel zu bleiben – dass jeder sechste Hartz-IV-Bezieher erwerbstätig ist, aber davon nicht leben kann. Gegenüber 2005 ist die Zahl der arbeitenden Hartz-IV-Bezieher sogar um 45 % gestiegen. Folgte man aber der Logik des absurden Anreiz-Gedankens, müssten wir Vollbeschäftigung haben, wenn die Hartz-IV-Sätze auf Null gesetzt werden würden.

Es ist offensichtlich, dass der Niedriglohnsektor ausgebaut und das Lohnniveau insgesamt gedrückt werden soll. Unter Fachleuten heißt dies „Lohnabstandsgebot“: Getarnt durch die Formel „Wer arbeitet, muss mehr haben als der, der nicht arbeitet“, geht es Westerwelle oder CSU-Chef *Seehofer* nicht um die viel zitierten „Arbeitsanreize“. Das Ziel ist, Niedriglöhne zu legitimieren – ein Mittel, um die Grundsicherung in engen Grenzen zu halten. Steigt der Hartz-IV-Satz aber deutlich – und dafür gäbe es sachlich fundierte Begründungen –, werden die Abgrenzungen zwischen Grundsicherung und Billigjobs noch unklarer, als sie es heute schon sind. Die Diskussion würde sich aber in die richtige Richtung drehen und der berechtigten Forderung nach Existenzsichernden Mindestlöhnen neuen Rückenwind geben. Dies wollen Westerwelle und Co. natürlich verhindern, denn sie betreiben

nicht nur einfache Klientel-, sondern eine handfeste Umverteilungspolitik von unten nach oben. Dabei wird sogar in Kauf genommen, dass die – von Westerwelle angeblich so geschätzten – Steuerzahler Billiglöhne der Arbeitgeber subventionieren und teuer bezahlen müssen. Im Fachjargon nennt man die 1,3 Mio. Beschäftigten, die zusätzlich Hartz IV beziehen müssen, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht, „Aufstocker“. Letztlich ist dies allerdings nichts anderes als staatlich gefördertes Lohndumping. CDU/CSU und FDP blenden dieses Problem aber lieber aus und verweisen auf eine KassiererIn oder FriseurIn, die doch schließlich mehr haben müsse als ein „Hartzer“. Richtig, doch der Lohn einer KassiererIn leitet sich vom Hartz-IV-Satz ab – das Grundproblem ist, dass sie von ihrem Arbeitgeber nicht das bekommt, was sie tatsächlich verdient. Sprich: Die Dumpinglöhne sind das Problem und nicht der Regelsatz. 22 % der Beschäftigten in Deutschland müssen zu Niedriglöhnen arbeiten. 2,2 Mio. Menschen arbeiten für weniger als 6 € pro Stunde. 1,2 Mio. erhalten sogar weniger als 4 (!) € Stundenlohn. Und jetzt kommt der springende Punkt: Fragt eigentlich jemand aus Union oder gar FDP, ob diese Dumpinglöhne, selbst wenn sie knapp über der Grundsicherungsschwelle liegen, zum Leben reichen? Fragt sich jemand in der Bundesregierung, wie es sein kann, dass die Löhne für reguläre Arbeit niedriger sein können als die Grundsicherungsleistungen? Wie ist es mit der Würde dieser Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von ihrem Lohn nicht leben können und deshalb beim Amt die Hosen herunterlassen müssen? Und fragt

Annelie Buntenbach ist Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).
Arbeitschwerpunkte: Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Europapolitik.
e-mail: annelie.buntenbach@dgb.de

eigentlich jemand der Regierenden nach den Folgen für eine Gesellschaft, die immer weiter auseinanderdriftet? Die Tatsache, dass die Mittelschicht seit Jahren schmilzt, hat auch mit Hartz IV zu tun – allerdings weniger mit der Höhe der Regelsätze, sondern damit, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn sie arbeitslos werden, so schnell in das Bedürftigkeitssystem Hartz IV gedrängt werden. Dieser Druck macht sich längst in den Betrieben bemerkbar und wirkt sich auf das gesamte Lohngefüge aus. Doch nicht nur das: Die scharfen Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose oder die Leiharbeit verstärken diesen Druck. Alles politisch gewollt und politisch gemacht.

FÜR EINE NEUE ORDNUNG AUF DEM ARBEITSMARKT

Die entscheidende Frage ist, was Menschen in Deutschland für ein Leben in Würde brauchen. Diese Frage gilt nicht nur für Hartz-IV-Bezieher. Sie gilt genauso für Beschäftigte wie auch für Rentnerinnen und Rentner. Und damit sind wir bei der 5-€-Debatte um Hartz IV. Die Koalition macht Folgendes: Sie befragt die Ärmsten 20 % der Gesellschaft danach, wofür sie ihr Geld ausgeben und stellt dies dann als statistischen Grundbedarf dar. Dabei weicht Schwarz-Gelb bei der sogenannten Referenzgruppe sogar noch nach unten ab, nimmt nur die ärmsten 15 % als Maßstab und bezieht die „Aufstocker“, also Hartz-IV-Bezieher selbst, noch mit ein. Jedoch: Kann das der Maßstab sein, wie sich Arme ihr Geld einteilen? Um dann zum Beispiel Geld für Alkohol und Zigaretten – ca. 20 € im Monat – zu streichen, weil ein Glas Wein oder drei Zigaretten pro Tag nicht zum Grundbedarf gehören? Ganz abgesehen davon, dass Nichtraucher, die Hartz IV beziehen, dieses Geld auch gestrichen werden soll, muss doch viel mehr danach gefragt werden, ob das wenige Geld,

das nicht nur Hartz-IV-Bezieher, sondern auch Geringverdienende zur Verfügung haben, überhaupt für ein menschenwürdiges Leben ausreicht. Dass diese Frage ausgeblendet wird, ist der Kardinalfehler an der ganzen Debatte. Deshalb ist die Ankündigung der Opposition richtig und notwendig, dass die Frage der Regelsätze – spätestens über den Bundesrat – mit Mindestlöhnen gemeinsam diskutiert werden soll. Gerade diejenigen, die immer wieder betonen, dass es lohnen müsse zu arbeiten, müssen endlich mit dafür sorgen, dass dies auch durch Mindestlöhne von nicht unter 8,50 € die Stunde abgesichert wird. Die Erfahrungen zum Beispiel aus Großbritannien widerlegen in beeindruckender Weise die Behauptung, dass Arbeitsplätze durch Mindestlöhne verloren gehen würden.

FÜR SOLIDARISCHE ABSICHERUNG STATT GRUNDSICHERUNG

Es ist allerdings auch notwendig, dass sich die Parteien – wohlgermerkt zusätzlich zu den Mindestlöhnen – ernsthaft mit den Folgen der Arbeitsmarktreformen, also der Leiharbeit und dem Lohndruck und der sozialen Unsicherheit durch Hartz IV auseinandersetzen. Das Ziel muss sein, dass ein Arbeitsplatz wieder Sicherheit, eine anständige Entlohnung und Perspektive bietet, statt dass sich Millionen Menschen zwischen 1-€-Job, Mini-Job, Leiharbeit und Hartz IV hin und her hangeln müssen. Notwendig ist – neben Existenz sichernden Löhnen und gleichem Lohn für gleiche Arbeit – auch und vor allem ein Ausbau der sozialen Sicherung. Jeder Arbeitsplatz sollte sozialversicherungspflichtig abgesichert sein und die solidarischen Sicherungssysteme müssten sozial gerecht ausgebaut werden. Denn es macht einen entscheidenden Unterschied, ob Menschen, die keine Chance haben, wieder einen Arbeitsplatz zu finden, in staatliche Grundsicherungssysteme fallen und damit in die Armuts-

falle geraten oder aber durch solidarische Beiträge vor dem Absturz geschützt sind und nicht um ihre Lebensleistung gebracht werden. Die Perspektive der Veränderung darf nicht allein bei der Frage stehen bleiben, wie die Grundsicherungssysteme ausgestaltet werden. Es geht um beides: Arbeit, die aus der Armut führt oder sie vermeidet, und starke Sozialversicherungen, die den Absturz in Armut verhindern. Dies alles ist nicht nur nötig, sondern auch möglich.

DIE VERHÄLTNISSE GERADE RÜCKEN

Deutschland ist ein reiches Land – das Problem ist nur, dass die Verhältnisse aus den Fugen und in eine deutliche Schiefelage geraten sind: Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer. Die Außenhandelsüberschüsse und das Lohndumping in Deutschland setzen sogar unsere europäischen Nachbarländer unter Druck, während die Reallöhne seit Jahren stagnieren und die Binnenkonjunktur in Deutschland noch immer nicht auf die Beine kommt. Die unsoziale Schiefelage ist also nicht nur ein Gerechtigkeitsproblem, sondern auch ein wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Europa. Es ist höchste Zeit, die Verhältnisse gerade zu rücken. Dies werden der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in den kommenden Wochen zum Thema der Herbstaktionen machen. Es ist und bleibt unverantwortlich, dass Schwarz-Gelb nichts gegen die Verarmungstendenzen durch Hartz IV, Leiharbeit oder Lohndumping unternimmt und die unsoziale Schiefelage durch das Sparpaket, die Kopfpauschale und die Rente mit 67 auch noch verschärfen will. Dass die Koalition dabei stur an den unsinnigen Steuer geschenken für Hoteliers festhält, den Ärmsten der Armen aber ein menschenwürdiges Existenzminimum verweigern will, zeigt die soziale Unausgewogenheit der Politik in Deutschland.